

Schnellrecherche der SFH-Länderanalyse vom 30. September 2016 zu Sri Lanka: Mitwirkung an regierungskritischem Film

Fragen an die SFH-Länderanalyse:

- Gibt es Hinweise, dass Personen, die an Filmen mitgewirkt haben, welche von den sri-lankischen Behörden als regierungs- oder armeekritisch eingeschätzt werden, gefährdet sein können?

Die Informationen beruhen auf einer zeitlich begrenzten Recherche (Schnellrecherche) in öffentlich zugänglichen Dokumenten, die uns derzeit zur Verfügung stehen, sowie auf den Informationen von sachkundigen Kontaktpersonen.

1 Regierungs- oder armeekritische Medienschaffende und Aktivistinnen und Aktivisten

Weiterhin Berichte von Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit, Übergriffen gegen Medienschaffende, Überwachung im Norden und Osten. Zwar wird in verschiedenen Quellen (SEM, August 2016; USDOS, April 2016) von Fortschritten in den Bereichen der Meinungsäusserungs- und Pressefreiheit berichtet. Dennoch berichtet das *Staatssekretariat für Migration* (SEM) in seinem Bericht vom August 2016, dass Journalisten aus dem Norden und Osten angaben, dass sie bei Berichten über die Sicherheitskräfte vorsichtig sein müssten. Dies betreffe insbesondere tamilische Journalisten. Journalisten würden demnach weiterhin vom Geheimdienst beobachtet, eingeschüchtert und teilweise bedroht. Auch das *US Department of State* (USDOS, April 2016) und die *Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH* (Juni 2015) berichteten von einer Reihe im Jahr 2015 erfolgten Übergriffen und Einschüchterungen von Sicherheitskräften gegen tamilische Medienschaffende.

USDOS führt aus, dass die freie Meinungsäusserung eingeschränkt werden könne, wenn die Behörden die öffentliche Moral oder die nationale Sicherheit betroffen sehen. So würden die Behörden besonders im Norden und Osten des Landes weiterhin politische und zivilgesellschaftliche Veranstaltungen überwachen. Das USDOS berichtet von einer weiterhin starken Überwachung im Norden und Osten. Sicherheitskräfte in Zivilkleidung würden zivilgesellschaftliche Individuen und Gruppierungen in diesen Gebieten aufsuchen und an Veranstaltungen ohne Einladung teilnehmen. insbesondere sei dies der Fall, wenn die Veranstaltung einen Zusammenhang mit Menschenrechten, Vergangenheitsarbeit bezüglich des Konflikts oder Pressefreiheit aufweise.

Verhaftung von Mitarbeitenden an armeekritischem Dokumentarfilm. Nach Angaben von verschiedenen Quellen (*US Department of State*, April 2016; *Gesellschaft für bedrohte Völker*, September 2015; *Daily Mirror*, März 2015) wurden im März 2015 acht Personen in Sri Lanka in Haft gesetzt, weil sie an einem armeekritischen Dokumentarfilm mitgearbeitet hatten. Der Film habe die Armee nach Angaben der Polizei als «amoralische, unmenschliche und grausame Gruppierung» dargestellt. Der Film war laut *Daily Mirror* (März 2015) in Indien gedreht und für die Vertonung nach Sri Lanka

Weyermannsstrasse 10
Postfach 8154
CH-3001 Bern

T++41 31 370 75 75
F++41 31 370 75 00

info@fluechtlingshilfe.ch
www.fluechtlingshilfe.ch

Spendenkonto
PC 30-1085-7



gebracht worden. Laut USDOS handelt es sich beim Filmproduzenten um einen bekannten Menschenrechtsaktivisten. Laut den Angaben derselben Quelle vom April 2016 ist der Fall weiterhin hängig.

Gefährdung aufgrund von Diaspora-Aktivitäten. Des Weiteren gibt es aktuellere Berichte (SFH, April 2016, ITJP, 2015), die aufzeigen, dass die Teilnahme an Diaspora-Aktivitäten, Gedenkveranstaltungen und Protesten im Ausland zu einer Gefährdung bei der Rückkehr führen kann. Dazu könne auch die Mitwirkung an einem im Ausland produzierten Film, welcher durch Sicherheitskräfte als «regierungsfeindlich» eingestuft wird, gehören, wie die Einschätzung einer sri-lankischen Kontaktperson mit Fachwissen zur Menschenrechtssituation in Sri Lanka vom 29. September 2016 lautet.

Aufarbeitung der Vergangenheit kann weiterhin kritisch sein und zu Gefährdung führen. Verschiedene Beispiele zeigen, dass die Aufarbeitung und Thematisierung des vergangenen Konflikts und mutmasslicher Kriegsverbrechen in Sri Lanka für bestimmte Personen weiterhin problematisch sein kann. Nach Angaben des Berichts des SEM schätzt *Amnesty International* direkte Zeugen von Kriegsverbrechen weiterhin als gefährdet ein, da die Armee befürchte, dass Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt würden. Auch die *Gesellschaft für bedrohte Völker* sieht im September 2015 Personen, welche in Sri Lanka über erlebte Kriegsverbrechen berichten, gefährdet. Laut der telefonischen Auskunft eines Menschenrechtsaktivisten im Norden Sri Lankas vom 29. September 2016 sind Sicherheitskräfte bei lokalen Konsultationen zur Aufarbeitung der Vergangenheit auch aktuell immer präsent und fotografieren teilnehmende Personen. Angehörige von verschwundenen Personen werden laut derselben Quelle bedroht und eingeschüchtert. Der Bericht der SFH vom April 2016 weist zudem auf 20 im Januar 2016 durch das *International Truth & Justice Project Sri Lanka* dokumentierte Fälle während der Amtszeit der neuen Regierung hin, wobei tamilische Personen durch Mitglieder der staatlichen Sicherheitskräfte verhört, gefoltert und sexueller Gewalt ausgesetzt wurden. Unter anderem wurden mehrere Betroffene beschuldigt, das Land in Unruhe zu bringen, indem sie über die Ereignisse während des Konflikts und über die Zeit danach erzählen würden.

Mögliche Wahrnehmung eines Films über Konflikt in Sri Lanka als «regierungsfeindlich». Laut der am 29. September 2016 gemachten Einschätzung einer sri-lankischen Kontaktperson mit Fachwissen zur Menschenrechtssituation in Sri Lanka könne es durchaus sein, dass eine Person, die in einem als regierungskritisch eingestuften Film mitgewirkt habe, zum Ziel der Sicherheitskräfte werden kann. Einerseits sei so die Person als Mitwirkende in einem solchen Film leicht durch die Sicherheitskräfte identifizierbar. Ein Film, welcher die finale Konfliktphase und beispielsweise Vergewaltigungen durch sri-lankische Soldaten thematisiere, lasse laut der Kontaktperson durchaus Raum, von den sri-lankischen Sicherheitskräften als «regierungsfeindlich» eingestuft zu werden. Nach Einschätzung derselben Quelle liege die Schwelle dafür nicht sehr hoch.

SEM, August 2016:

«Die sri-lankische Regierung hat sich verpflichtet, Kriegsverbrechen und Verletzungen der Menschenrechte in Sri Lanka gerichtlich zu verfolgen. Da sich mutmasslich auch

Vertreter der Sicherheitskräfte und paramilitärischer Organisationen sowie Politiker vor Gericht werden verantworten müssen, ist die Frage nach dem Schutz der Zeugen besonders relevant. Amnesty International schätzt direkte Zeugen möglicher Kriegsverbrechen, beispielsweise lokale UNO-Mitarbeiter oder Mitarbeiter von Hilfswerken, die bis zu Schluss des Konfliktes im Vanni waren, als gefährdet ein. Die Armee befürchte immer noch, dass sri-lankische UNO-Mitarbeiter den Untersuchungsbehörden helfen würden, Kriegsverbrecher vor Gericht zu bringen. Amnesty International beschreibt den Fall eines UNO-Busfahrers, der zwei Mal verhaftet und gefoltert worden sei. Die Polizei habe ihn fälschlicherweise verdächtigt, den internationalen Experten bei der Untersuchung von Kriegsverbrechen geholfen zu haben. Der Mann hätte in Grossbritannien Asyl erhalten. Es sei positiv, dass die sri-lankische Regierung mehr Wille zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen zeige. Dies führe möglicherweise aber auch zu einem höheren Risiko für Zeugen, solange es kein effektives Zeugenschutzprogramm gebe, bemängelt Amnesty International.(...)

Im Jahr 2014 konstatierte das Lagebild eine Verschlechterung im Bereich der **Meinungsäusserungsfreiheit und Informationsfreiheit. Externe Beobachter sehen Fortschritte.** Das U.S. State Department beispielsweise kommt im Menschenrechtsrapport 2015 zum Schluss, dass in Sri Lanka unabhängige Medien generell aktiv seien und eine grosse Vielfalt an Meinungen ohne Einschränkungen ausdrücken. Die neue Regierung hätte nicht versucht, regierungskritische Medien zu zensurieren. Allerdings sei nach dem Machtwechsel von einigen Journalisten immer noch Selbstzensur praktiziert worden. Die Sperrung von vielen Webseiten der tamilischen Diaspora wurde aufgehoben.

Journalisten aus dem Norden und Osten beschrieben die neue Pressefreiheit gegenüber der Länderanalyse des SEM folgendermassen: Über Politik könne man heute frei und offen berichten. **Bei Berichten über die Sicherheitskräfte müssten Journalisten aber nach wie vor vorsichtig sein, besonders tamilische Journalisten. Die Sicherheitsbehörden würden heute die Presse zwar frei arbeiten lassen, aber Journalisten würden nach wie vor vom Geheimdienst beobachtet. Manchmal sei diese Beobachtung durch zivil gekleidete Sicherheitskräfte offensichtlich, möglicherweise um Journalisten einzuschüchtern. Ein Journalist sprach von Drohungen am Telefon, nachdem er über das Verhalten der Polizei während eines Protestes berichtet hatte. Schon während der Zeit des Waffenstillstandes (2002-2007) hätten die Behörden Informationen über Journalisten gesammelt und diese dann nach dem Ende des Waffenstillstandes dazu verwendet, Journalisten verschwinden zu lassen.** Seit dem Jahr 2015 seien aber keine Journalisten mehr entführt worden. Ein Vertreter des Free Media Movements in Colombo, einer Vereinigung von Medienschaffenden, die sich seit 1991 für Pressefreiheit und Menschenrechte einsetzt, sagte im Februar 2016, dass seiner Meinung nach im Moment die Sicherheitslage für Journalisten akzeptabel sei, und dass Journalisten sich heute, im Gegensatz zur Vergangenheit, kaum gezwungen sehen, das Land aus Sicherheitsgründen zu verlassen. Dies könne sich aber auch wieder ändern. Es könne in Zukunft für Medienschaffende potentiell ein Risiko sein, über mutmassliche Kriegsverbrecher zu recherchieren. Der Herausgeber der singhalesischsprachigen Zeitung Meepura wurde, gemäss Medienberichten, im Juni 2016 in Negombo von Unbekannten mit Stöcken zusammengeschlagen.¹⁵² Die Regierung verurteilte diesen Angriff.» Staatssekretariat

für Migration (SEM), Focus Sri Lanka, Lagebild, 5. Juli 2016, Version 16. August 2016, S. 31:

www.sem.admin.ch/dam/data/sem/internationales/herkunftslander/asien-na-host/lka/LKA-lagebild-2016-d.pdf.

USDOS, April 2016:

*«The law provides for freedom of speech, including for members of the press, and the government generally respected these rights. Following the January election of President Sirisena, **the government substantially curbed its activities prohibiting free speech and the right to peaceful assembly, but some government officials nonetheless continued to harass members of the media. Many journalists reported less self-imposed censorship based upon the greater climate of openness cultivated by the Siresena government.***

*Freedom of Speech and Expression: The constitution provides for the right to free speech. Authorities may subject this right, **however, to a host of restrictions, including public morality and national security. The government monitored political and civil society meetings, particularly in the north and east. There also were credible reports that civilian and military authorities questioned local residents who met with foreign diplomats or international human rights organizations regarding the content of their meetings.***

A significant level of surveillance continued, particularly in the country's north and east. Plainclothes personnel belonging to the state's security apparatus visited civil society individuals and groups from these regions. According to civil society, such personnel, frequently deputed from the police and less frequently military officers, attended civil society organizations' training sessions or workshops uninvited, particularly when these programs dealt with human rights, transitional justice, and media freedom, among other issues. They openly took photographs and footage of protesters and victims' families, questioned event organizers, and regularly made follow-up visits directly to their homes.

In January British Foreign and Commonwealth Office Minister Hugo Swire visited the Northern Province. According to NGO reports, military personnel dressed in civilian clothing warned IDPs living within the confines of a military-run HSZ against discussing their living conditions with the minister.

Leading Muslim journalists, social media activists, and academics signed a petition urging authorities to conduct an investigation into reports of continued harassment of Sharmila Seyyid, a Muslim writer living in exile in India since her 2012 BBC interview in which she endorsed the legalization of prostitution. The Sunday Times published details of the petition after a photo falsely depicting Seyyid's beaten and dead body appeared on Facebook. Seyyid lived in the Muslim-dominated Eastern Province before she went into exile due to repeated threats by self-identified local religious groups who opposed her view as "contrary" to Islamic thought. The government also invited exiled journalists to return to the country.

Press and Media Freedoms: The constitution provides for freedom of speech and press. Independent media were generally active and expressed a wide variety of views without restriction.

*Violence and Harassment: **There were some incidents of journalists subjected to harassment.** In April police arrested a television journalist affiliated with Hiru TV, a leading Sinhala private national television station. **Uniformed and plainclothes police reportedly stormed the hostel in which the journalist lived and forcibly removed him, claiming he was being held on suspicion of snatching a woman's gold chain the previous night. Two weeks earlier the abducted journalist and two of his colleagues had filed a complaint at a local police station of intimidation by two men whom they suspected of being plainclothes police officers. The police officers in question allegedly attempted a knife attack on the three journalists covering an April 7 protest on water contamination. Police allegedly telephoned the lead journalist, Pratheepan Thambithurai, repeatedly in an unsuccessful effort to compel him to withdraw the complaint.***

Censorship or Content Restrictions: The government did not seek to censor the media for publishing content critical of government actions. Some in the media practiced self-censorship especially during the first quarter of the year as they adjusted to a freer public information environment under the Siresena government.

According to media reports, on July 2, the president announced his decision to appoint new members to the Sri Lankan Press Council, which he had dissolved shortly after his election. Local media freedom organizations deemed the move contrary to the 1973 Press Council law, which requires the president to consult with stakeholders before reconstituting the council. Under this law outlets are forbidden from publishing documents related to cabinet decisions without its permission, as well as some defense and fiscal matters. The law also provides for wide-ranging punitive powers, including the imprisonment of journalists and publishers. The Committee to Protect Journalists, along with domestic media organizations, quickly expressed their opposition to the president's plan.

Journalists at the provincial level complained of routine harassment by local officials, including pressure to avoid negative stories. They expressed a need for robust right-to-information legislation.(...)

Academic Freedom and Cultural Events

*There were allegations that university officials **prevented** professors and university students **from criticizing government officials.** Some academics noted the environment of intimidation led to self-censorship.*

*In March **eight persons, including an attorney, were taken into custody by the Borella police for reputedly assisting in the production of a defamatory documentary on the army. The film's producer was a well-known human rights activist.** The case was pending, and charges had yet to be announced at year's end while the court awaited a report from the University of Moratuwa on the film's allegedly defamatory content. **The eight individuals remained subject to an international travel***

ban.» Quelle: USDOS – US Department of State: Country Report on Human Rights Practices 2015 – Sri Lanka, 13. April 2016:
www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/2015/sca/252975.htm.

Gesellschaft für bedrohte Völker, September 2015:

«Sri Lanka continues to be unsafe for those prepared to speak of war crimes they witnessed. While intimidation of the general population continues, people identified as potential witnesses and their relatives continue to be specifically targeted.

The GoSL reaction to the OISL call for witnesses in Sri Lanka was to target potential witnesses or those who could facilitate witness communication. The Sri Lankan military ordered internet cafe owners to alert the authorities of anyone scanning or copying documents to be sent to OISL.

*A man was arrested in Kilinochchi for distributing OISL evidence collection forms. In March 2015, **8 people were arrested for making a documentary, which contained scenes portraying the Sri Lanka Army as "immoral, inhumane and atrocious". While witnesses are willing to give testimony in camera outside Sri Lanka, they fear death upon return to Sri Lanka and they fear for their families left behind.** "If I didn't have children, I'd surely provide testimony because I'm not that sad about dying. They will certainly kill us. The moment we will give testimony, they won't let us go. They will certainly kill us in one way or another. They won't let us stay alive." "I can't return to my country anymore. If I do, they will certainly arrest me. If they arrest me, a lot of troubles will start and I don't think they will keep me." "We cannot provide testimony for a tribunal in Sri Lanka. When the UNHRC was talking to us there, the government already gave us limits to how much we could say. Those who did were beaten ... So there is certainly no way to say the truth there.»* Quelle: Gesellschaft für bedrohte Völker: Written statement submitted by the Society for Threatened Peoples, a non-governmental organization in special consultative status; Persecution of war crimes witnesses and victims seeking justice in Sri Lanka [31 August 2015] [A/HRC/30/NGO/81], 7. September 2015 (S. 3:
http://www.ecoi.net/file_upload/1930_1443018346_q1520193.pdf

Daily Mirror, März 2015:

*«Eight persons including a lawyer were taken into custody by the Borella police under suspicion of producing a defamatory documentary on Sri Lanka Army at a house in Narahenpita. Five individuals among the arrested are residents of Jaffna. **Investigations have revealed that two of the suspects had migrated to India. After shooting the film in India the suspects had brought it to Sri Lanka for dubbing. Police said the documentary contained scenes portraying the Sri Lanka Army as an immoral, inhumane and atrocious group.** During the raid, the Police seized the video cassette of the film and the tools and equipment used by them to dub the film.»* Quelle: Daily Mirror, Eight arrested for producing defamatory film on SL Army, 29. März 2015:
www.dailymirror.lk/67591/eight-arrested-for-producing-defamatory-film-on-sl-army.

SFH, Juni 2015:

«**Übergriffe und Einschüchterungen gegen Aktivisten, Medienschaffende** und die lokale tamilische Bevölkerung. Verschiedene Übergriffe und Zwischenfälle wurden in den letzten Monaten dokumentiert. Am 2. Mai 2015 wurde ein Journalist von einem Lokalpolitiker angegriffen, weil er über Mängel in einer lokalen Gesundheitseinrichtung berichtete. Ein prominenter politischer Kommentator und Universitätsdozent wurde am 1. Mai 2015 in Colombo von einer Gruppe von Anhängern des früheren Präsidenten attackiert und musste ins Krankenhaus ein-gewiesen werden. Am 26. März 2015 wurde Krishapillai Devarasa, der Vorsitzende des Vavuniya Citizen Committee, vom TID vorgeladen. Devarasa war ein wichtiger Organisator von verschiedenen Demonstrationen Angehöriger verschwundener Personen im Norden und Osten und war im Herbst 2014 nach wiederholten Drohungen von Unbekannten gewalttätig angegriffen worden. **Im März 2015 wurden verschiedene Personen von der Polizei in Colombo während der Vertonung eines Films verhaftet, welcher die Militarisierung thematisiert.** Die Studioausrüstung wurde konfisziert. In der Ostprovinz wird die Familie einer muslimischen Aktivistin weiterhin schikaniert und eingeschüchtert, nachdem die Aktivistin im Jahr 2012 ihre Meinung zur Liberalisierung von Sexarbeit geäußert hatte.

Reporters Without Borders zeigte sich am 29. April 2015 besorgt, dass die sri-lankischen Behörden ihre Aktivitäten wiederaufgenommen hätten, um tamilische Journalisten einzuschüchtern. Ein tamilischer Journalist wurde daran gehindert, über eine Diskussion über verschmutztes Wasser zu berichten. Ein weiterer tamilischer Journalist wurde in Jaffna am 23. April 2015 inhaftiert. Vier tamilische Journalisten in Mannar und Vavuniya wurden ohne Angaben von Gründen zu Polizeiverhören in Colombo vorgeladen. Ein weiterer tamilischer Journalist war am 26. April 2015 zu regierungskritischen Artikeln aus dem Jahr 2009 verhört worden und wurde der Veröffentlichung falscher Angaben angeklagt. In Jaffna wurde am 8. April 2015 ein Reporter der Zeitung Uthayan verhaftet, weil er über Poli-zeigewalt in Jaffna berichtet hatte. Am 7. April 2015 wurden drei tamilische Journalisten von Polizisten mit Messern bedroht, als sie über einen Protest gegen eine Ölverschmutzung berichten wollten. Im April 2015 hatte zudem der Vizekanzler der Universität Jaffna eine öffentliche Diskussion eines Universitätsdozenten über das Kriegsende untersagt. Geheimdienstmitarbeiter verhörten im Februar 2015 eine lokale Person in Batticaloa, nachdem sie ein Treffen von Aktivisten und einer Gruppe von Priestern mit einer lokalen Dorfgemeinschaft organisiert hatte. Zudem wird von weiteren Einschüchterungen von Aktivisten berichtet. Schliesslich sollen vertriebene Bewohner der Region Valikamam Nord in Jaffna einige Wochen nach der Wahl des neuen Präsidenten von Militärangehörigen bedroht worden sein, sich anlässlich eines Besuches gegen-über Hugo Swire, dem Minister of State des britischen Foreign and Commonwealth Office zu äussern, dass sie in die innerhalb der militärischen Sperrzone («High Security Zone») liegenden Gebiete zurückkehren möchten. In einem Artikel des Guardian vom 8. Juni 2015 gab Veerasan Yogeswaran, ein Menschenrechtsaktivist und katholischer Priester aus Trincomalee, an, dass die Angehörigen von Minderheiten weiterhin konstanten Einschüchterungen und Schikaniierungen durch die Sicherheitskräfte ausgesetzt sind.» Quelle: Schweizerische Flüchtlingshilfe, Sri Lanka, Gefährdung rückkehrender tamilischer Personen, 16. Juni 2015, S. 6-8: www.fluechtlingshilfe.ch/assets/herkunftslander/asien-pazifik/sri-lanka/150616-lka-rueckfuehrungtamilischerpersonen.pdf.

SFH, April 2016:

«Der Bericht von International Truth & Justice Project Sri Lanka vom Januar 2016 dokumentiert 20 Fälle, in denen Mitglieder – darunter auch höhere Offiziere – des CID und des Militärgeheimdienstes im Jahr 2015 während der Amtszeit der neuen Regierung tamilische Personen verhört, gefoltert und sexueller Gewalt ausgesetzt hatten. Der jüngste Fall hat sich im Dezember 2015 zugetragen. **Während der Verhöre wurden mehrere der Betroffenen beschuldigt, dass sie die LTTE wiederaufbauen wollten oder das Land in Unruhe bringen würden, indem sie über die Ereignisse während des Konflikts und danach erzählen würden.** 19 der Personen wurden Opfer von Entführungen mittels weisser Lieferwagen («White Van Abduction»). 16 der Personen hatten in der Vergangenheit eine Funktion in der LTTE auf niedriger Stufe. Sechs der Personen waren ein Jahr oder kürzer bei der LTTE und fünf der Personen waren als Kinder gezwungen worden, der LTTE beizutreten. Acht der Personen kehrten aus dem Ausland oder aus einem Versteck in Sri Lanka ins Vanni-Gebiet im Norden Sri Lankas zurück. Die Eelam People's Democratic Party (EPDP) war in verschiedene der Entführungen involviert.(...)»

Kenntnis der Geheimdienste und Sicherheitskräfte über Diaspora-Aktivitäten der Rückkehrenden im Ausland. Die Schweizerische Flüchtlingshilfe berichtete bereits im August 2013 ausführlich über die **Gefährdung rückkehrender Personen aufgrund exilpolitischer Aktivitäten.** 18 Laut des Berichts von International Truth & Justice Project Sri Lanka vom Januar 2016 gibt es **Beweise, dass die Geheimdienste auch im Jahr 2015 Personen, welche nach ihrer Rückkehr nach Sri Lanka inhaftiert wurden, Fotografien von Diaspora-Aktivitäten und Gedenkveranstaltungen im Ausland vorlegten.** Nach Angaben des Berichts ist davon auszugehen, dass Diaspora-Aktivitäten weiterhin überwacht werden.¹⁹ Der Bericht des International Truth & Justice Project Sri Lanka vom Juli 2015 weist darauf hin, dass Familienangehörige von früher betroffenen Personen zu deren Teilnahme an regierungskritischen Protesten oder Kriegs-Gedenkveranstaltungen im Ausland befragt wurden. Auch wurde berichtet, dass sri-lankische Sicherheitskräfte den Familienangehörigen Fotografien der Betroffenen an den Protesten im Ausland zeigten. Dies sei ein weiterer Hinweis, dass die Sicherheitskräfte solche Treffen und Veranstaltungen im Ausland beobachten.» Quelle: SFH, Sri Lanka, Gefährdung bei Rückkehr und Zugang zu medizinischer Versorgung in Haft, 22. April 2016, S. 4-5: www.fluechtlingshilfe.ch/assets/herkunftslander/asien-pazifik/sri-lanka/160422-lka-rueckkehrverhaftungmedikamente.pdf.

ITPJ, Juli 2015:

«Reprisals for Participating in Political Activity: Outside Sri Lanka

*In several cases witnesses mentioned that **they or their family members had been questioned about their participation in anti-government protests or war commemoration events abroad. Some reported the Sri Lankan security forces had showed them, or their families, photographs of themselves at these protests. This indicates the Sri Lankan security forces are monitoring these gatherings outside the country. In the UK at least, some Tamil diaspora organisations have responded by banning cameras at annual Heroes' Day commemorations for the safety***

of the participants.» Quelle: International Truth and Justice Project (ITJP), A Still Unfinished War: Sri Lanka's Survivors of Torture and Sexual Violence 2009-2015, Juli 2015, S. 92: www.itjpsl.com/wp-content/uploads/2015/07/Stop-Torture-Report.pdf.